



Ludwig Brantner: Beim Versuch, am Jugendamt Innsbruck Einsicht in seine Akten zu erhalten, fühlt sich Brantner behindert und schikaniert. Zu unrecht?

Watschengasse reloaded

Nicht wenigen wird der Begriff einer „Watschengasse“ fremd sein. Der Innsbrucker Ludwig Brantner kennt die Watschengasse aus eigener, schmerzhafter Erfahrung: „Es war Ende der 1960er-Jahre im Kinder-Erziehungsheim Westendorf. Wenn einer von uns Buben nicht brav war, dann hat eine ganz besondere Strafe auf ihn gewartet. Alle Kinder mussten sich in einer Reihe aufstellen und der zu Bestrafende hat sich dann von jedem eine Watsche geben lassen müssen. Da sind schnell einmal ein paar Dutzend Watschen zusammengekommen.“ Das neben der schieren Grausamkeit besonders Perfide an dieser Bestrafung: „Da hat dann der Freund dem Freund und der Bruder dem Bruder ins Gesicht schlagen müssen. Und zwar ordentlich. Denn hat man in den Augen der Erzieher zu zaghaft gewatscht, dann hat man sich gleich selber hinten anstellen können.“ Warum Ludwig „Luggi“

Heimzöglinge. Nachdem das Land beschlossen hat, Entschädigungszahlungen an misshandelte und missbrauchte Heimzöglinge zu leisten, regt sich Unmut über die Vorgangsweise. Auch sonst fühlen sich Betroffene in der Aufarbeitung ihrer Heim-Vergangenheit unnötig behindert.

Brantner das heute erzählt? Er fühlt sich wieder mitten in einer Watschengasse. Diesmal teilen nicht seine Brüder oder Mitschüler Ohrfeigen aus, heute kommen die Watschen, so sieht es Brantner, unter anderem vom Innsbrucker Jugendamt.

HÜRDENLAUF. Ludwig Brantner ist seit Jahren sehr an der Aufarbeitung seiner Vergangenheit interessiert. Das ist für ihn überlebensnotwendig und hat nichts mit der aktuellen Diskussion über das Schicksal ehemaliger Heimzöglinge zu tun. Brantner hat alle Höhen, aber vor allem sämtliche Tiefen des Lebens mitgemacht, nicht von ungefähr lautet der Titel seiner Lebensbeichte „... einmal talwärts und zurück“. Darin schildert Brantner nicht nur seine Kindheit in zahlreichen Heimen, sondern auch, wie er anschließend als „vorprogrammierte gescheiterte Existenz“ am Leben beinahe zerbrochen ist. Buchstäblich bis auf den allerletzten Schluck säuft sich „Luggi“ an den Tod heran, der nackte Überlebenswille rettet ihn. Heute ist Brantner „seit vielen Jahren trockener Alkoholiker“ und lebt in Innsbruck. Seine Heimgeschichte hat er nicht nur niedergeschrieben, er hat sie auch erzählt. Seinen

Foto: Friede (1) / Pison (1), pmax (1)

Freunden, seinen Kindern, Journalisten, interessierten Schülern bei Vorträgen und – der Kriminalpolizei. Die interessierte sich für seine Erlebnisse, weil Brantner bei der Betroffenen-Hotline des Landes Meldung gemacht hatte. Dazu musste Ludwig Brantner von Freunden erst überredet werden und er hält heute noch nichts davon: „Was soll das bringen? Geld kriegt unsereiner sowieso keines. Es wird ja auch schon überall zurückgerudert und verwässert. Hat es zuerst geheißt, jedes Opfer kriegt mindestens 15.000 Euro Entschädigung, so sind wir jetzt schon bei 5000 Euro und am Ende gibt's dann gar nichts.“

Wie gesagt, Brantner geht es nicht um Geld – den Begriff „Schmerzensgeld“ in diesem Zusammenhang hält er für völlig unpassend: „Mit ein paar Tausend Euro kann man jahrelang erlittene Schläge und Tritte sowieso nicht abgelden.“ Brantner will vielmehr seine eigene Geschichte ausleuchten und die seiner Geschwister. Vor allem geht es ihm um den Verbleib seiner Schwester Elisabeth. Sie war als kleines Kind von einer dänischen Krankenschwester adoptiert worden. Luggi Brantner ist sich sicher: „Meine Eltern haben Elisabeth damals einfach verkauft – für Nachschub an Alkohol haben die alles getan.“ Um Näheres über Elisabeth und auch über seine eigene Geschichte zu erfahren, wurde Ludwig Brantner beim Innsbrucker Jugendamt vorstellig und beehrte Einsicht in seinen Jugendamts-Akt. Das wurde ihm vor Ort verweigert bzw. an Bedingungen geknüpft, die Brantner als Schikane empfindet: „Man hat mir gesagt, um Akteneinsicht zu erhalten, muss ich die Genehmigung aller meiner Geschwister einholen, dass sie alle damit einverstanden sind.“ Hintergrund: Die Akten wurden seinerzeit als Sammelakten geführt, also finden sich auch die Unterlagen aller Brantner-Kinder in diesem Akt. „Wir waren vierzehn Kinder, dreizehn leben noch. Zu nicht einmal der Hälfte davon habe ich Kontakt, wie soll ich denn da die Einverständniserklärungen zusammenbringen?“

Eine berechnete Frage und eine Frage, die ECHO an die Leiterin des Innsbrucker Jugendamtes, Gabriele Herlitschka, weiterleitete. Und siehe da: War vorher noch von Datenschutz und Persönlichkeitsrechten die Rede, so stellte sich das Jugendamt plötzlich ganz in den Dienst Brantners und holte selbst Einverständniserklärungen ein. Dem Vernehmen nach erreichte das Jugendamt drei von zwölf Geschwistern Brantners



Westendorf: Im von der Stadt Innsbruck geführten Jugendheim sind Kinder jahrelang misshandelt worden.

und da sich von denen niemand gegen eine Akteneinsicht ausgesprochen hatte, wurde dem Antrag von Ludwig Brantner entsprochen. Also entweder hat das Jugendamt die heilige Kuh Datenschutz geschlachtet oder von vornherein das Argument Datenschutz nur vorgeschoben. Wobei natürlich die Frage bleibt, aus welcher Motivlage heraus ehemalige Heimzöglinge schikaniert werden sollten. Amtsleiterin Gabriele Herlitschka zeigt sich wenig sensibel, als sie auf die Frage antwortete, warum denn Brantner seinen Akt nicht einfach einsehen könne: „Wir haben dafür im Amt keine Zeit. Wir müssen uns um die Probleme der Kinder von heute kümmern. Was immer auch meine Vorgän-

„Was soll das bringen? Geld kriegt unsereiner sowieso keines, überall wird zurückgerudert.“

ger vor 30, 40 Jahren angerichtet haben mögen – ich bin dafür nicht verantwortlich.“ Aber Luggi Brantner, oder was? Und Herlitschka baut noch eine andere Hürde für Brantner auf, ohne dass ihr das bewusst zu sein scheint. Auf ihre eigene Initiative hin soll Ludwig Brantner seinen Akt nur gemeinsam mit einem Psychologen bzw. einer Psychologin einsehen dürfen. Diesen einmaligen Schritt begründet Herlitschka einigermaßen skurril: „Die Sprache in den Akten ist teilweise so roh und die damaligen



Ausgebootet: Die Betroffenen verstört, dass Historiker Schreiber nicht mehr der Kommission angehört.

Beurteilungen der Kinder so gefühllos, dass es den Menschen heute nicht zumutbar ist, diese Eintragungen ohne psychischen Beistand zu lesen.“ Mag schon sein, dass sich Herlitschka nichts Böses dabei gedacht hat – für die studierte Rechtsgelehrte und die ausgebildete Sozialarbeiterin ist der Begriff Psychologe natürlich positiv besetzt. Aber für ein ehemaliges Heimkind? Für einen sexuell, körperlich und seelisch grausam Misshandelten? Für einen Alkoholiker und einstmaligen notorischen Gewalttäter? Da klingeln beim Wort Psychologe sämtliche Alarmglocken – Herlitschka lässt diesbezüglich schmerzlich jene Empathie vermissen, derer sie sich sonst so gerne rühmt.

Ludwig Brantner, ehemaliger Heimzögling

Mittlerweile hat Brantner Einsicht in seinen Akt erhalten – ohne Psychologen und ohne, dass er auch nur ein einziges seiner Geschwister dafür um Erlaubnis fragen musste. Interessantes Detail: Der Akt der Brantner-Kinder misst mehr als einen Meter im Umfang und besteht aus vielen Tausend Seiten, vermutlich über 10.000. Trotzdem ist der ganze Akt durchgearbeitet worden, verräterische Post-its beweisen das. Die finden sich etwa an Stellen, wo Brantner über Misshandlungen durch Erzieher berichtet

und tragen Vermerke wie „Achtung! Ludwig berichtet von Ohrfeige“. Achtung vor wem oder was? Und – wenn im Jugendamt schon so wenig Zeit zur Verfügung steht – warum hat man sich dann viele, viele Stunden Zeit genommen, einen jahrzehntealten Akt akribisch zu durchforsten? Viele Fragen, zugegeben. Auf Antworten darauf wartet nicht nur Ludwig Brantner.

ENTSCHÄDIGUNGEN. Tirol war löblicherweise das erste Bundesland, das sich der Verantwortung seiner Geschichte der Heimerziehung gestellt hat. Nach Auftauchen der ersten Schilderungen ehemaliger Heimzöglinge Anfang dieses Jahres hat Soziallandesrat Gerhard Reheis eine Expertenkommission eingesetzt, die die Anschuldigungen prüfen sollte. Dieser Steuerungsgruppe gehörten Juristen, Psychologen, Therapeuten, Historiker und Pädagogen an und auch wenn die Kommission über keinen klaren Auftrag verfügte, ist sie in ihrer Arbeit zügig vorangekommen. Der Bericht wurde dann im Juli vorgelegt und die darin enthaltenen Empfehlungen über die weitere Vorgangsweise Mitte August der Landesregierung übermittelt. Kernpunkte der Empfehlungen: Übernahme der historischen Verantwortung und historische Aufarbeitung der Geschichte der Heimerziehung in Tirol, Übernahme von Therapiekosten und materielle Entschädigungsleistungen sowie eine Reihe von Präventionsmaßnahmen. Über die Höhe der Entschädigungsleistungen – so die Empfehlung der Steuerungsgruppe – solle eine Dreier-Kommission entscheiden, bestehend aus der Kinder- und Jugendanwältin Elisabeth Harasser, dem Zivilrechtler Heinz Barta und dem Historiker Horst Schreiber. Am 15. August präsentierte Landeshauptmann Günther Platter den Bericht der Steuerungsgruppe und hat die volle Verantwortung des Landes für die Opfer von sexueller, physischer und psychischer Gewalt übernommen. In einer von den Betroffenen vielbeachteten Rede hat er sich persönlich bei den Opfern entschuldigt und um Verzeihung gebeten.

Diesen schönen Gesten folgten weniger schöne Taten, so sehen es zumindest zahlreiche Betroffene. Als Erstes wurde die drei-köpfige Expertengruppe abserviert, Harasser, Barta und Schreiber erfuhren davon aus den Medien. Vor allem die Absetzung des Historikers Horst Schreiber empörte die Betroffenen, denn gerade Schreiber ist bezüglich der Aufarbeitung der Tiroler Heimgeschichte seit vielen

Jahren sehr aktiv und hat unzählige Interviews mit Opfern geführt, denen vor Jahren noch niemand anderer zuhören wollte. Seine Absetzung wird als Affront gewertet. Danach wurde der Rahmen der empfohlenen Entschädigungszahlungen geändert – statt mindestens 15.000 bis höchstens 25.000 Euro „Schadenersatz“ wurde die Mindestgrenze auf 5000 Euro abgesenkt. Hintergrund: Bereits Mitte August ist die Entscheidung gefallen, sämtliche Opfer kirchlicher Einrichtungen der „Initiative gegen Missbrauch und Gewalt“ (besser bekannt als „Klasnic-Kommission“) zuzuweisen. Also hat das Land kurzerhand deren

schen Tirol und Niederösterreich erleichtert die Bewertung seines Falles natürlich auch nicht. Auch innerhalb der Bubenburg-Gruppe sei die Stimmung am Tiefpunkt, niemand fühle sich wirklich ernst genommen, jeder habe das Gefühl, er solle möglichst billig abgespeist werden. „Ich darf gar nicht daran denken, wie viel Zeit und Energie ich schon in die ganze Angelegenheit investiert habe“, sagt Aschenwald und es klingt einigermaßen resignierend, wenn er anfügt: „Hätte ich die ganzen Stunden in einen Nebenjob investiert, der Ertrag wäre wohl ein höherer, als eine eventuelle Entschädigungsleistung ausmacht.“



Gerhard Reheis: „Nichts wird verwässert. Jeder Betroffene soll das erhalten, was ihm zusteht.“

Entschädigungsmodell übernommen, das eben deutlich unter den Empfehlungen der Tiroler Steuerungsgruppe liegt.

Aber es geht nicht nur um Summen. „Das Land will sich da ganz klar abputzen, von der Übernahme der vollen Verantwortung ist wenig geblieben“, sagt Erwin Aschenwald. Er ist Mitglied einer Betroffenengruppe ehemaliger Heimzöglinge der Bubenburg. „Es stimmt schon, die Bubenburg wurde und wird vom Kapuzinerorden geführt. Aber fast alle Kinder wurden auf Veranlassung einer Tiroler Bezirkshauptmannschaft als Amtsvormund in dieses Heim gesteckt. Jetzt zu sagen, es war eine kirchliche Einrichtung, also sind wir nicht zuständig, das ist schon schäbig.“ Aschenwald habe die Entschuldigung des Landeshauptmanns als durchaus authentisch empfunden, jetzt zweifelt er an den Worten Günther Platters. Mit der „Klasnic-Kommission“ liefert sich Aschenwald seit Wochen seitenlange E-Mail-Duelle – die Distanz zwi-

WIE WEITER? Mittlerweile ist dem ersten ehemaligen Opfer der Bubenburg eine Entschädigung von 5000 Euro zuerkannt worden. Das sorgt unter den Betroffenen nicht für Freude, denn sie wissen nur zu genau, was dieser Zögling seinerzeit alles mitgemacht hat. Zumindest fließen jetzt erste Gelder und auch die Stadt Innsbruck hat in dieser Richtung einen bemerkenswerten Senatsbeschluss gefasst: Die Stadt übernimmt nicht nur die volle Verantwortung für erlittenes Unrecht, bei Missbrauchsfällen in städtischen Heimen übernimmt die Stadt 50 Prozent der von Seiten des Landes festgestellten Entschädigungsansprüche und der Therapiekosten. Eine mutige Entscheidung – aber auch eine kluge? Vielleicht sollte man mit der großzügigen Verteilung von Steuergeldern ein wenig vorsichtiger sein – die katholische Kirche könnte da sonst auf Ideen kommen ...

Gernot Zimmermann

Foto: Röhrl (1)